

## Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schell am 06.12.2017

Sehr geehrter Bürgermeister,  
verehrte Ratsmitglieder,  
geschätzte Mitarbeiter der Verwaltung,  
werte Pressevertreter und Gäste,

zu Beginn möchte ich der Verwaltung seitens der CDU-Fraktion für ihre sehr gute Arbeit in den vergangenen zwei Jahren danken und bitte die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter, diesen Dank an ihre zahlreichen Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben. Unser Lob und Dank gilt im Rahmen unserer Haushaltsberatungen auch speziell Herrn Rupp und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, die den Haushaltsentwurf erstellt haben, sowie den vielen Verwaltungsmitarbeitern, die der Kämmerei hierfür umfangreich zugearbeitet haben.

Wie auch in meinen früheren Haushaltsreden möchte ich zu Beginn beispielhaft einige kleine und große positive Aspekte der letzten zwei Jahre in unserer Stadt aufzeigen. Ich halte dies für wichtig, da hierdurch deutlich wird, dass in Sankt Augustin trotz der schlechten finanziellen Lage – wie sie leider in NRW-Kommunen üblich ist – eine Menge für die Bürgerinnen und Bürger getan wird.

- Um der derzeit stetig wachsenden Anzahl an Kindern im Kindergartenalter gerecht zu werden, sind erst kürzlich die Waldkita und eine dritte Gruppe in der Kita Emmausgarten eröffnet worden – weitere zusätzliche Kita-Plätze sind in Planung.
- Die OGS in Meindorf ist an den Start gegangen.
- Die Sprachkurse für Flüchtlinge – insbesondere für geflüchtete Frauen mit Kindern – sind in Zusammenarbeit mit der VHS erheblich ausgeweitet worden, um den Integrationsschlüssel Sprache zu stärken.
- Der Aspekt „Sprache“ bei Flüchtlingen wird inzwischen zudem durch Singprojekte der Musikschule unterstützt – auch in der ZUE.
- Die Musikschule kooperiert inzwischen noch enger mit dem AEG und führt z. B. Vorstellungen von Instrumenten in der 5. Klasse durch.
- Auf den Wandel der Bestattungskultur wurde mit einer Erweiterung des Grabartenangebots reagiert.
- Zwei neu eingerichtete Stellen sollen die Präsenz des Ordnungsamtes stadtweit auch in den Abendstunden erhöhen.
- Erst kürzlich sind weitere Fahrzeuge für unsere Freiwillige Feuerwehr erneuert worden.
- Die Hybridfußballplätze in Buisdorf und Birlinghoven wurden eröffnet.
- Im Zentrum unserer Stadt „brummt“ es weiterhin. Hier ist die Stadt nicht immer der allein Handelnde, unterstützt dann aber die Projekte auf vielfältige Weise

- Die Hochschule eröffnete gerade ihren nächsten Erweiterungsbau
- Ein Seniorenwohnheim ist in Betrieb gegangen, ein weiteres ist im Bau
- Der Neubau des Jugendzentrums wird vom Land gefördert
- Die Ost-West-Spange wurde in Betrieb genommen
- Der zweite Bauabschnitt des HUMA wurde fertiggestellt

Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden Sie nun denken „Warum hat er dieses oder jenes nicht genannt?“, denn es gibt fraglos noch einiges mehr, als von mir aufgezählt. Zum einen würde dies dann den Zeitrahmen sprengen, zum anderen sollte meine Aufzählung nur beispielhaft sein. Aber wenn Sie diesen Gedanken haben, unterstützt das meine Meinung, dass sich in der Stadt Sankt Augustin nach wie vor sehr vieles positiv entwickelt.

Uns allen ist bewusst, dass noch sehr, sehr viel zu tun ist, und das wird sich in einer so lebendigen Stadt wie Sankt Augustin sicherlich auch nie ändern; aber dies ist in den zuständigen Gremien in Zusammenarbeit mit der Verwaltung – wie man in den letzten Jahren gesehen hat – sehr gut aufgehoben.

Nun liegt uns ein Haushaltsentwurf vor, der gemäß 3. Änderungspapier ein Defizit von knapp 14 Mio. Euro sowohl für 2018 als auch für 2019 aufweist– also in zwei Jahren weit über 27 Mio. Euro! Dies sind gewaltige negative Zahlen.

Um im Jahr 2022 den Ausgleich gemäß Haushaltssicherungskonzept zu schaffen, sieht sich die Verwaltung gezwungen, die Hebesätze in ein bzw. zwei Schritten zu erhöhen – vor allem sind dabei die Gewerbesteuer im Jahr 2019 mit 10 Prozentpunkten auf dann 490% sowie die Grundsteuer B im Jahr 2019 mit 60 Punkten auf dann 550% und 2021 mit weiteren 50 Punkten auf 600% anzuheben. Und obwohl fast alle Fraktionen sich erkennbar an den umfangreichen Fragen – nur die Linken scheinen schon alles zu wissen; zumindest kann man ihre Fragenlosigkeit so interpretieren – intensiv mit dem Haushaltsentwurf auseinandergesetzt haben, hat keine Fraktion ein Rezept gegen diese notwendigen Hebesatzanhebungen gefunden.

Diese Anhebungen sind das, was der Bürger bzw. Gewerbetreibende unmittelbar in seiner Kasse negativ spürt, da er mehr Steuer zahlen muss, und darüber wird höchstwahrscheinlich niemand erfreut sein – wir als CDU sind es in jedem Fall nicht. Das einzige, was den Unmut ein wenig lindern könnte, ist der Vergleich mit den Nachbarkommunen, den ich deshalb hier anstellen möchte. Aktuell hat Sankt Augustin den zweitniedrigsten Hebesatz der Grundsteuer B aller 20 Kommunen der Region Bonn/Rhein-Sieg – nur Wachtberg liegt mit 430% unter unseren 490%, während der Spitzenreiter Siegburg mit 790 Punkten 300 Punkte bzw. über 60% über unserem Wert liegt. Und auch der nach Bevölkerung gewichtete Schnitt der übrigen Regionskommunen liegt mit 595 Punkten erheblich – nämlich über 20% - über dem Sankt Augustiner Wert. Ein Umstand, der in der Größenordnung übrigens beispielsweise auch – und das sei hier nur am Rande erwähnt – beim Wasserbezugspreis widerspiegelt, da man fast nirgends in der Region so wenig für das Wasser bezahlt wie in Sankt Augustin.

Es zeigt sich, dass hier eine langjährige sparsame Denkweise zum Erfolg geführt hat, denn vor einigen Jahren hatten wir noch den dritthöchsten Hebesteuer-B-Satz in der ganzen

Region. Verwaltung und mit sehr großem Anteil auch meine Fraktion – beim Wasser die von Herrn Roth geführte Wasserversorgungsgesellschaft – haben es mit Augenmaß erreicht, die direkte Belastung unserer Bürger relativ niedrig zu halten. Dieser niedrige Wert bei der Grundsteuer B bleibt zumindest auch in 2018 erhalten. Erst 2019 muss nach oben angepasst werden, wobei wir nach allem, was bisher aus anderen Kommunen bekannt ist, auch dann noch im unteren Drittel liegen werden und rund 50 Punkte unter dem Regionsschnitt. Damit möchte ich es bei den nackten Zahlen – die aber wichtig sind – bewenden lassen.

Die Haushaltsanträge von SPD und Grünen waren zu einem guten Teil zwar nachvollziehbar, bedeuten letzten Endes aber nur eine Verschiebung innerhalb des Haushalts und beinhalten keine relevante positive und vor allem strukturelle Verbesserung bei der Gewinn- und Verlustrechnung. Dies unterstreicht meine schon seit Jahren geäußerte Ansicht, dass eine maßgebliche Verbesserung unserer Situation – und die teilen wir übrigens aktuell mit 170 weiteren Haushaltssicherungskommunen in NRW – nur durch zwei grundlegende Änderungen erreicht werden kann: die Reduzierung permanenter Ausgaben sowie vor allem die Erhöhung der Landeszuweisungen.

Hierzu haben wir jeweils einen Antrag gestellt, dem erfreulicher Weise alle übrigen Fraktionen zugestimmt haben. Auf der Ausgabenseite eine gründliche Überprüfung der ÖPNV-Umlage des Schienendefizits, welches seitens des Kreises auf die Kommunen umgelegt wird. Dass wir hier mehr als 12mal so viel zahlen wie unsere Nachbarstadt Siegburg, ist in unseren Augen nicht gerechtfertigt. Hiervon versprechen wir uns im Erfolgsfall eine sechsstellige Ausgabenreduzierung – und zwar jedes Jahr! Auf der Einnahmenseite muss unseres Erachtens die Einwohnerveredelung der großen Kommunen (ein Kölner ist finanztechnisch 35% mehr „wert“ als ein Sankt Augustiner) reduziert oder sogar abgeschafft werden – und hier teilen auch der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund in ihrem aktuellen Schnellbrief unsere Meinung eindeutig. Hierdurch würde sich eine erhebliche Mehreinnahme für uns ergeben, selbst wenn die Verteilungsmasse im Land unverändert bliebe.

In vergangenen Jahren habe ich immer wieder die damals rot/grüne Landesregierung scharf dafür kritisiert, dass die Kommunen finanziell nicht ausreichend ausgestattet werden – obwohl das ihre Zuständigkeit ist. Die neue CDU/FDP-Landesregierung hat zwar schon einige Verbesserungen durchgeführt, müsste aber mehr tun – als Beispiel sei hier die Weiterleitung der Integrationspauschale an die Kommunen genannt. Es ist für mich in keiner Weise nachvollziehbar, warum diese Mittel nicht, wie vom Bund vorgesehen, direkt bei den Kommunen landen. So schön ein ausgeglichener Landeshaushalt auch ist, er darf nicht auf der Basis von Steuererhöhungen seitens der Kommunen – namentlich Grund- und Gewerbesteuer – erkaufte werden. Ich versichere Ihnen, dass die CDU-Fraktion und insbesondere ich persönlich uns massiv bei den maßgeblichen Stellen in Partei und Regierung für eine finanzielle Verbesserung einsetzen werden. Dass Änderungen geplanter Maßnahmen auch auf Landesebene erfolgen können, zeigt das Beispiel Förderung des Sozialtickets, die nun glücklicherweise doch fortgeführt wird.

Dies alles sind Dinge, die sich nicht sofort umsetzen lassen bzw. die sich erst in künftigen Jahren positiv auf den Haushalt auswirken können. Heute haben wir über den vorliegenden Entwurf inkl. der in langen Sitzung diskutierten Änderungspapiere und

Anträge zu befinden. Sicherlich ist niemand zufrieden mit dem Ergebnis des umfangreichen Zahlenwerks, da das Minus nach wie vor viel zu hoch ist. Es enthält aber auch eine Menge wichtige Projekte – hier sei nur einmal das Integrierte Stadtentwicklungskonzept erwähnt –, die unsere Stadt weiter nach vorne bringen werden und das Leben in unserer schönen Stadt weiterhin lebenswert gestalten. Daher stimmt die CDU-Fraktion dem aktuellen Entwurf zu, damit unsere Kommune weiterhin das bleibt, was dieser Begriff ursprünglich bedeutet – eine Gemeinschaft!

Vielen Dank!

(es gilt das gesprochene Wort)